

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, Volker Münz, Beatrix von Storch, Martin Hess und der Fraktion der AfD

Berichte über eine Versuchte Einflussnahme der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Bundesregierung zum Zwecke der Einbürgerung von Can Dündar

Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Person ihres Justiziar M. S. versucht haben soll, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Claudia Roth (ebenfalls BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dahingehend zu beeinflussen, dass sie die Einbürgerungsbestreben des türkischen Journalisten Can Dündar offiziell unterstützt (www.nius.de/politik/news/wie-claudia-roth-und-die-gruenen-einen-deutschen-pass-fuer-einen-journalisten-beschaffen-wollten-der-fuer-correctiv-arbeitet/812de464-c801-411f-8e96-195725141dae). Dündar war Chefredakteur der türkischen Zeitung Cumhuriyet und arbeitet mittlerweile für das private Medienunternehmen CORRECTIV, das von der Bundesregierung mitfinanziert wird (vgl. Bundestagsdrucksache 12/12475) und über das Potsdamer Treffen einen ambivalenten Bericht verbreitet hat, der monatelang zu irreführenden und falschen Behauptungen in den Hauptstrommedien geführt hat (weltwoche.de/daily/gericht-verbietet-correctiv-falschbehauptungen-zum-potsdamer-geheimtreffen-auch-beim-swr-zuvor-unterlagen-bereits-das-zdf-und-der-ndr/, jungfreiheit.de/kultur/medien/2024/correctiv-werden-falschaussagen-ueber-frueheres-gerichtsUrteil-untersagt/). Frau Roth solle im Namen ihrer Bundesbehörde ein besonderes Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Einbürgerung von Dündar aussprechen (ebd.).

Zu diesem Zwecke schickte demnach M. S. drei vorformulierte Anschreiben an Frau Roths Büro. In dem ersten solle Frau Roth gegenüber Dündar bestätigen, dass in seinem Fall ein besonderes deutsches Einbürgerungsinteresse vorliege. Diese amtliche Bestätigung solle Frau Roth anschließend in separaten Schreiben, die M. S. ebenfalls vorab ausgearbeitet hatte, an die Berliner Senatorin für Inneres und Sport Iris Spranger und den Berliner Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Joe Chialo mit der Bitte weiterschicken, „die Einbürgerung [von Dündar] zu erleichtern“ (s. o.).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Kann die Bundesregierung den Vorgang so bestätigen, wie er sich nach den Recherchen von nius.de zugetragen hat (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
 - a) Wenn ja, wie viele vorformulierte Vorlagen zur Einbürgerung von Can Dündar hat M. S., Justiziar der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geschickt und was war ihr Inhalt?

- b) Wenn ja, hat die BKM diese Schreiben an die geforderten Adressaten oder andere Amtsträger oder Behörden geschickt, und wenn ja, an wen?
2. Haben M. S. oder irgendeine andere Person, Partei oder Institution versucht, in der Sache Dündar auf weitere Stellen der Bundesregierung schriftlich oder mündlich Einfluss zu nehmen, und wenn ja, wie und auf welche?
 3. Liegen der Bundesregierung offizielle Anfragen für die Unterstützung der Einbürgerung von Herrn Dündar vor, und wenn ja, von wem und worin soll dabei das besondere öffentliche Einbürgerungsinteresse bestehen?
 4. Hat die BKM ihre Behörde inzwischen gebeten, „die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen zu prüfen, inwieweit sie und ihr Haus eine solche Einbürgerung mit einem unterstützenden Brief rechtskonform unterstützen könnten“ (www.nius.de/politik/news/wie-claudia-roth-und-die-gruenen-ein-en-deutschen-pass-fuer-einen-journalisten-beschaffen-wollten-der-fuer-correctiv-arbeitet/812de464-c801-411f-8e96-195725141dae), und wenn ja, was war das Resultat dieser Prüfung?
 5. Haben andere Bundesbehörden oder Bundesministerien ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung Herrn Dündars bestätigt oder selbst ausgesprochen, und wenn ja, welche und mit welcher Begründung?
 6. Hat Herr Dündar seine angestrebte Einbürgerung inzwischen beantragt?
 7. Hat die Bundesregierung Einfluss ausgeübt, dass Herr Dündar beim staatlich mitfinanzierten Medienunternehmen CORRECTIV eine Anstellung erhält (wenn ja, bitte die Beweggründe erläutern)?
 8. Liegen weitere Fälle vor, in denen Funktionsträger der Regierungsparteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP oder ihrer Bundestagsfraktionen auf informellem Weg Mitglieder der Bundesregierung aufgefordert haben, das öffentliche Interesse an der Einbürgerung bestimmter Ausländer zu bestätigen, und wenn ja, welche?
 9. Wie viele Ermessenseinbürgerungen hat es in der laufenden, 20. Legislaturperiode in der Bundesrepublik gegeben?
 - a) Bei wie vielen dieser Einbürgerungen haben Stellen der Bundesregierung ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung ausgesprochen (bitte nach Jahr, Bundesministerium oder Bundesbehörde, Nationalität der Antragsteller auflisten)?
 - b) Bei wie vielen dieser Einbürgerungen haben Stellen der Landesregierungen nach Kenntnis der Bundesregierung ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung ausgesprochen (bitte nach Jahr, Landesministerium oder Landesbehörde, Nationalität der Antragsteller auflisten)?

Berlin, den 12. Dezember 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion